

NDR Info Das Forum

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

Andreas Flocken

16.12.2017 /19.20-19.50 Uhr

17.12.2017 /12.30-13.00 Uhr

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Neuer Bundeswehr-Traditionserlass – Endlich Klarheit für Soldaten? Interview mit dem Militärhistoriker Dr. Detlef Bald
- Verhaltenskodex statt Verbot? Die künftige Rolle von autonomen Waffen in den Streitkräften
- Militarisierung der Sozialen Medien? Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Ein Blick auf unsere Themen:

- Neuer Traditionserlass für die Bundeswehr – Endlich Klarheit für Soldaten? Hierzu ein Interview.
- Verhaltenskodex statt Verbot? Die künftige Rolle von autonomen Waffensystemen in den Streitkräften. Und:
- Militarisierung der Sozialen Medien? Zivilgesellschaft vor neuen Herausforderungen

Im Frühjahr sorgte das Doppel Leben eines mutmaßlich rechtsextremistischen Bundeswehr-Oberleutnants für Schlagzeilen. Der Offizier hatte sich bei den Behörden als syrischer Flüchtling ausgegeben und Asyl beantragt. Gegen ihn ist in dieser Woche Anklage erhoben worden, weil er einen Anschlag geplant haben soll.

Schnell wurde nach rechtsextremistischen Tendenzen in der Bundeswehr gefragt. Verteidigungsministerin von der Leyen bemühte sich um Aufklärung. Bei einem Besuch der Kaserne des Oberleutnants stellte sie zu ihrem Entsetzen fest, dass dort ein Aufenthaltsraum mit Wehrmachts-Devotionalien dekoriert war. Kein Einzelfall, wie sich schnell herausstellte. Wenig später kündigte die CDU-Politikerin eine Überarbeitung des Traditionserlasses an. In diesem Zusammenhang wurden gleich vier Workshops in verschiedenen Einrichtungen der Bundeswehr durchgeführt.

Inzwischen liegt nun der Entwurf des neuen Traditionserlasses vor. Hierüber habe ich mit dem Militärhistoriker Detlef Bald gesprochen. Er beschäftigt sich seit Jahren mit diesem Thema. Zunächst habe ich Detlef Bald gefragt, ob dieser neue Erlass ein großer Wurf ist:

Interview Andreas Flocken / Dr. Detlef Bald

Bald: Es ist ein ganz beachtenswerter Entwurf. Er ist sehr auffällig dadurch, dass er in fast mustergültiger Weise die Werte des Grundgesetzes für alle Fragen heranzieht.

Flocken: Es gibt aber auch Stimmen die sagen, der bisherige Traditionserlass von 1982 macht eigentlich klare Aussagen, was in der Bundeswehr traditionswürdig ist und was nicht traditionswürdig ist. Dort werde bereits klargestellt, dass die Voraussetzungen eine Wertebindung im Sinne des Grundgesetzes sind. Ist ein neuer Traditionserlass daher überhaupt notwendig, wenn es möglicherweise nur ein Umsetzungsproblem gibt?

Bald: Ja, es ist vielleicht ein bisschen mehr. Wenn ich mir überlege, wie lange bestimmte Kreise seit vielen vielen Jahren an neuen Entwürfen, neuen Formulierungen arbeiten, dann ist dieser Entwurf der Ministerin quasi ein Gegenhalten gegen traditionalistische Tendenzen oder Verwässerungen, was die Wehrmacht betrifft.

Flocken: Nun ist ja häufig zu hören, dass der Erlass von 1982 durchaus vorbildlich ist, es aber lediglich an der Umsetzung gehapert hat. Wie sehen Sie das? Ist der Erlass von 1982 in vielen Fragen einfach nicht umgesetzt worden?

Bald: Na ja, das ist ja ganz klar. Wir dürfen nicht vergessen, dass zwei Monate später ein Minister, es war Minister Wörner, sich hingestellt hat und sagte: er würde als erstes diesen Erlass in die Schreddermaschine stecken. Und er wollte völlig andere, also unhaltbare Beziehungen und Traditionen in die Wehrmacht wieder herstellen. Er wollte Truppenfahnen verleihen. Also alle Historiker, nicht nur die Militärhistoriker haben gesagt, hier wird plötzlich unsere Geschichte in unhaltbarer Weise aufgebrochen.

Flocken: Begründet wird der neue Traditionserlass aber vor allem damit, dass jetzt mehr Handlungssicherheit für die Vorgesetzten geschaffen werden soll, was erlaubt ist - was Tradition angeht - und was nicht erlaubt ist. Haben wir denn jetzt mehr Klarheit in dieser Sache?

Bald: Ja. Was ich gut finde ist, dass hier ganz klare – und das ist für das Militär immer notwendig – klare Zuständigkeiten benannt sind, Verantwortungen. Und das ist natürlich ein weiter reichendes Problem als nur die Hierarchie der Verantwortlichen zu benennen. Das verlangt, dass diese Verantwortlichen alle einen ordentlichen Rahmen, einen Horizont haben, um Geschichte bewerten zu können. Wenn ich in die Tradition hineingehen und sie auswählen bzw. bestimmen will, muss ich ja Geschichte in breiter Weise beurteilen und differenzieren können. Da ist, wenn man so will, eine Ausbildungsforderung gestellt worden, die die Offiziersschulen und die Führungsakademie der Bundeswehr betreffen.

Flocken: Aber unter Punkt 3.4 des neuen Traditionserlasses heißt es ja zum Beispiel: „Die Aufnahme einzelner Angehöriger der Wehrmacht in das Traditionsgut der Bundeswehr ist grundsätzlich möglich. Voraussetzung dafür ist immer eine sorgfältige Einzelfallprüfung.“ Das hört sich doch nicht unbedingt nach Klarheit für die Truppe an?

Bald: Ja, das sind die klassischen Formulierungen, die wir in der Bundeswehr seit 1950 finden, also bereits vor der Gründung der Bundeswehr. Damals - in den 50er Jahren – erfolgte völlig ungefragt ein Anknüpfen an der Wehrmacht. Die Tradition der Wehrmacht und aller Heerführer und Soldaten, Ritterkreuzträger usw. waren gültig. In der Bundeswehr gab es also von Anfang an ein Hin und Her. Sie hat zwei verschiedene Klassifizierungen in ihren Reihen. Jetzt, mit dieser Formulierung, hat man sich natürlich Dingen geöffnet, die heute eine Rolle spielen. Das müssen wir ganz klar sagen. Es geht vor allem um die Traditionsnamen. Da wird ja heute noch um einige Namen fürchterlich gestritten.

Flocken: Ein Dauerstreitthema sind in der Tat weiterhin Kasernennamen. Also Kasernen, die nach Soldaten des Zweiten Weltkrieges benannt worden sind. Zum Beispiel die Lent-Kaserne in Rotenburg (Wümme) in Niedersachsen, oder die Marseille-Kaserne im schleswig-holsteinischen Appen. Enthält der Traditionserlass denn jetzt klare Vorgaben für die Namen von Kasernen?

Bald: Also ich denke, wenn man ihn richtig interpretiert, enthält der die klaren Vorgaben. Aber es ist natürlich so, wie Sie vorhin zitierten, dass die konkrete einzelne Persönlichkeit mit ihren Taten herangezogen werden muss. Da wird es natürlich schwierig. Also wenn ich an die Namensgebung Lent denke, dann ist das geradezu pathologisch rechthaberisch, was da vor Ort passiert.

Flocken: Inwiefern?

Bald: Dieser Offizier, ein Nachtflieger, war ein getreuer Gast bei Adolf Hitler. Er war bis zu seinem Tode eng in die Ideologie des Nationalsozialismus, wenn wir seine eigenen Worte nehmen, nicht nur hineingezogen, sondern er hat sie vertreten. Also so eine Person ist völlig unglaublich, auch wenn aus seiner Familie Personen kommen, die einen anderen Weg gegangen sind. Hier haben wir einen richtigen Kriegshelden und zwar einen nationalsozialistischen. Und der ist einfach nicht traditionswürdig.

Flocken: Das heißt, die Kaserne dürfte Ihrer Meinung nach nicht mehr Lent-Kaserne heißen nach diesem Entwurf des neuen Traditionserlasses?

Bald: Es ist für mich unglaublich, dass man einen so langen, jahrelangen Kampf um diesen Namen führt, wenn wir die vielen Zitate, die wir aus seinen Unterlagen kennen. Aber das hängt auch mit der Lokalgeschichte zusammen. Die Familie Lent wohnt da lange und hat Verdienste, wie man das so schön nennt, in der Regionalpolitik.

Flocken: Ich möchte nochmal auf die Kasernennamen zurückkommen. Es gibt ja u.a. eine General-Feldmarschall-Rommel-Kaserne, benannt nach dem sogenannten Wüstenfuchs, also dem General-Feldmarschall Erwin Rommel. An Rommel scheiden sich die Geister. Aktiven Widerstand gegen das NS-Regime hat Rommel ja wohl nicht geleistet, sondern er war eher eine Gallionsfigur des Regimes - auch wenn er später zum Selbstmord gezwungen worden ist. Kann Rommel nach dem Entwurf des neuen Traditionserlasses ein Vorbild sein oder müsste die Rommel-Kaserne Ihrer Meinung nach umbenannt werden?

Bald: Ja, also bei Rommel gibt es einfach - so ähnlich wie bei Lent - so eindeutige Aktivitäten zugunsten des NS-Regimes und auch Aufrufe zu Handlungen, die wir heute also zum Teil kritisch und fragwürdig ansehen, auch aus dem Blickwinkel des Kriegsvölkerrechts. Er wird aber vor allem hoch gelobt, weil er als Strategie in Afrika auch international gewürdigt wird. Und hinter diesem Argument verbarrikadieren sich ganze Gruppen in der Bundeswehr. Auch wenn er zuletzt gewissermaßen auch ein Opfer des NS-Systems war wegen des Selbstmordes - ich würde trotzdem sagen, er ist zu sehr in das System hinein gebunden, nicht verstrickt, sondern hinein gebunden gewesen. Ich würde daher sagen: Hinter Rommel muss man mindestens ein Fragezeichen setzen.

Flocken: Dem Entwurf des neuen Traditionserlasses ist auch zu entnehmen, dass Wehrmachtsdevotionalien und Wehrmachtsbilder weiter in Kasernen ausgestellt werden dürfen. Allerdings müssen sie in einen historischen Kontext eingeordnet sein. Was aber heißt das konkret? Heißt das, dass jetzt immer Hinweistafeln neben so einem Bild stehen müssen?

Bald: Also das ist eine Schwachstelle dieses Entwurfes. Wenn man die Realität der Bundeswehr kennt, dann waren diese Devotionalien - bleiben wir mal bei dem Begriff - oder diese Geschichtsräume bis vor einiger Zeit militaristisch traditionalistische Ecken, die in jeder Hinsicht unhaltbar waren. Denn sie verherrlichten den puren Einsatz von Vernichtungswaffen und dergleichen mehr. Also ich denke, diese Fragen, diese Passagen in dem Entwurf, wo von Brauchtum, militärische Gewohnheiten und Förmlichkeiten, Gepflogenheiten gesprochen wird – diese Aussagen sind eine Öffnung hin zu unkontrollierten ja militärisch-mythisch beladenen Rückzugsgebieten. Ich würde das nicht so leicht nehmen. Ich würde gerade an diesen Stellen sagen, das müsste ab und an von Fachleuten kontrolliert werden.

Flocken: An der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg wurde ein Foto vom früheren Bundeskanzler und Verteidigungsminister Helmut Schmidt abgehängt, weil Helmut Schmidt dort in einer Wehrmachtuniform zu sehen war. Wenig später wurde das Bild aber mit einer erläuternden Einordnung wieder angebracht. Ist so ein Vorgehen eigentlich nicht übertrieben? Denn studierende Bundeswehrroffiziere sollten doch eigentlich Helmut Schmidt kennen – auch ohne eine Erläuterungstafel.

Bald: Ja, ich bin Ihrer Meinung. Als ich das damals hörte habe ich nur gedacht, mein Gott, wie kindisch sind die. Es kann aber auch sein, dass einige das mit einem süffisanten Lächeln gemacht haben, um die politische Leitung des Ministeriums auf diese Weise zu desavouieren. Also das halte ich für möglich.

Flocken: Aber nach dem neuen Erlass muss doch vermutlich so ein Helmut Schmidt-Bild weiterhin mit einem Erläuterungstext versehen werden.

Bald: Wenn unter so einem Bild steht: Der ehemalige Kanzler und frühere Verteidigungsminister der Bundeswehr in den Jahren, hier in seiner aktiven Zeit in der Wehrmacht im Jahre 1943. Dann ist eine ganz normale Information, die man zu jedem Bild bringen müsste. Auch wenn es sich um ein Bild zum Beispiel von einem Hubschrauber während der Flutkatastrophe in Hamburg handeln würde. Da würde man ja auch drunter schreiben: Der damalige Innense-

nator im Jahre 1962 bei der Hilfe für die Flutopfer. Also ich denke, das sind normale Informationen, da sollte man sich nicht mit falschen Wehrmachtsbezügen lächerlich machen.

Flocken: Die NVA, die Nationale Volksarmee der DDR, ist nach dem Entwurf des neuen Traditionserlasses nicht traditionswürdig. Die NVA wird dort praktisch auf eine Stufe mit der Wehrmacht gestellt. Ist das angemessen?

Bald: Also das ist einer der schwächsten Punkte des Erlasses und ich denke, es ist unhaltbar, wenn er in der Endform so bleiben würde. Die Benennung bzw. Beschreibung der NVA ist in Worten ähnlich der Ideologie des Kalten Krieges, dieser verachtenswerten Gegnerschaft, die damals leicht formulierbar war. Also hier wird was poliert und zugleich wird damit ja auch die Geschichte der Bundeswehr falsch poliert. Also wenn man sieht, wie die Bundeswehr beschrieben wird und direkt daneben die NVA - also das ist niveaulos. Das ist gar nicht nötig. Kein Mensch würde das sagen. Nach dem Motto „Die Bundeswehr hat eine blütenreine Geschichte“. Da fallen die Schnez-Affäre und Wörner oder auch Franz Josef Strauß weg, der sagte: Ich will keine Innere Führung, das ist ein inneres Gewürge. Also diese Relativierung, auch die Differenzierung der Bundeswehrgeschichte gehören dazu. Aber wenn wir an die NVA denken und diese mit der Wehrmacht gleichsetzen, dann würde das ja nun diese Verbrechen, diese Unmenschlichkeit, den Vernichtungskrieg, den Rassismus einfach ausblenden. Im Text des Entwurfs steht, dass Traditionen nicht zulässig sind, wenn sie verbrecherische, rassistische und menschenverachtende Perspektiven zulassen. Das kann man aber nicht auf die NVA beziehen. Das trifft auf die Wehrmacht zu und eben auf die Reichswehr und ähnliches mehr. Also wir haben hier Zusammenhänge, die grob wie Klötze nebeneinander gestellt werden. Das ist unnötig. Also jedes Geschichtswissen, jeder Anfänger am früheren Militärgeschichtlichen Forschungsamt oder am Militärmuseum würde diese Sätze völlig umformulieren und streichen.

Flocken: Im Entwurf des neuen Traditionserlasses wird die Bundeswehr im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit als „Armee der Einheit“ bezeichnet. Und es wird von der großen Integrationsleistung der Bundeswehr gesprochen. In der Praxis aber wurde die NVA doch praktisch abgewickelt. Es wurden ja nur wenige Soldaten in die Bundeswehr übernommen. Passt hier der Begriff „Armee der Einheit“? Ist er richtig und zeitgemäß?

Bald: Das ist auch völlig unnötig. Man kann diesen Begriff verwenden, aber dann muss man an anderer Stelle verdeutlichen, was aber nicht geschehen ist, was in ihrer Frage steckt. Ich habe diese Zeit miterlebt. Ich habe Sitzungen damals in Bonn mitgemacht, wo gewissermaßen die Enthauptung der NVA beschlossen wurde. Ich war dann anschließend in dem Bereich der früheren DDR und habe dort miterlebt, wie das Aussortieren der Offiziere geschah, wie man Leute nach einem völlig unzulässigen Raster aus der Bundeswehr entfernt hat. Selbst wenn Bundeswehrgenerale einzelne Persönlichkeiten durch vielerlei Dinge überprüft haben und in der Bundeswehr halten wollten.

Flocken: Welche Schwächen hat denn der neue Traditionserlass Ihrer Meinung nach?

Bald: Der eine Punkt ist schon angesprochen worden. Diese unnötige Gleichsetzung von NVA und Wehrmacht. Das darf nicht sein, das muss nicht sein. Was ich sehr bedaure und was ich gar nicht verstehet, ist ein anderer Punkt. Es gehört zu den Merkmalen und zu den auffälligsten Merkmalen der Bundeswehr, dass sie schon in der Zeit ihrer Planung, also von 1950 bis 1955, eine international eingebundene Armee war. Nach 1955, als sie offiziell gegründet worden ist, war sie eine durch die Westeuropäische Union, die WEU, nahtlos kontrollierte militärische Organisation. Damals konnte keine Kompanie allein auch nur auf irgendeine Übung gehen, ohne dass das nicht von der NATO genehmigt und kontrolliert wurde. Jeder Einsatz der Bundeswehr musste damals international eingebunden sein. Und auch 1990 hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, die Bundeswehr nur in internationalen Einsätzen zu verwenden. Diese Internationalisierung einer deutschen Armee muss dringend in den neuen Erlass hineingeschrieben werden. Und zwar heute im Sinne einer Europäi-

sierung oder auch einer atlantischen Bindung. Das fehlt völlig. Das ist schade. Es ist auch völlig unnötig. Das hätte man ändern können. Ein anderer Punkt ist die besondere Hinwendung der Bundeswehr zur Demokratie, also dass diese Bundeswehr eine in die Demokratie eingebundene Armeekonstruktion und Struktur hat. Das ist ja auch etwas Neues. Der Begriff der Parlamentsarmee kommt zwar vor. Aber das ist ja doch ein Begriff, der erst Anfang der 1990er Jahre vom Verfassungsgericht festgelegt wurde, damit die politisch-parlamentarische Kontrolle intensiviert wird. Das ist auch für die Bundeswehr eine Schwelle gewesen. Denn wir dürfen nicht vergessen: Es gab ja zuvor viele, viele Generale, die Bedenken hatten, was die parlamentarische und politische Kontrolle und der Einfluss der Opposition angeht.

Flocken: Der Traditionserlass ist ja noch ein Entwurf. Er soll jetzt in den Dienststellen der Bundeswehr und auch in der Truppe, aber auch im Parlament diskutiert werden. Glauben Sie, dass sich an diesem Entwurf noch etwas ändern wird? Ich habe Sie so verstanden, dass sich noch etwas ändern muss.

Bald: Ja. Ich würde einem ganz kleinen Stab den Auftrag geben, dieses Papier in dem Sinne, in der Konzeption, wie es jetzt angelegt ist, zu vereinheitlichen. Wenn man vorne zu Beginn des Erlasses Tradition definiert, muss das nicht 10 oder 12 Mal tatsächlich irgendwo zwischendurch immer wieder erscheinen. Das ist unsinnig. Also eine ordentliche Systematik wäre der Anfang. Und dann sollte man prüfen, warum nicht [der Begriff] Eid vorkommt, warum nicht [der Begriff] Widerstand besser aufgefächert wird. Es könnten hier und da Verdeutlichungen oder Erklärungen eingefügt werden. Das ist alles machbar. Man sollte diese Aufgabe aber wirklich keinem großen Gremium übertragen, sondern einer kleinen Gruppe.

* * *

Flocken

Der Militärhistoriker Detlef Bald über den vorgelegten Entwurf des neuen Traditionserlasses der Bundeswehr. Die Langfassung des Interviews und mehr zum

Thema finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter nrd.de/streitkräfte.

Der technische Fortschritt macht vieles möglich - auch auf dem Gebiet der Waffentechnologie. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, dann sind beispielsweise bewaffnete Drohnen in der Lage, einen Gegner aufzuspüren und anschließend selbstständig zu bekämpfen - ohne Zutun des Menschen. Experten sprechen von autonomen Waffensystemen. Schon seit langem gibt es Versuche, solche Systeme weltweit zu ächten. Doch die Chancen für ein Verbot sind schlecht. Zu den Gründen - Jerry Sommer:

Manuskript Jerry Sommer

Im Koalitionsvertrag von 2013 waren sich CDU/CSU und SPD einig. Autonome Waffensysteme müssen verboten werden. In der Vereinbarung von damals heißt es:

Zitat

„Deutschland wird sich für eine völkerrechtliche Ächtung vollautomatisierter Waffensysteme einsetzen, die dem Menschen die Entscheidung über den Waffeneinsatz entziehen.“

Im vergangenen Monat kamen in Genf Regierungsexperten zusammen, um im Rahmen der UN-Konvention über konventionelle Waffen über autonome Waffensystem zu beraten. Auf der Konferenz legte die geschäftsführende Bundesregierung gemeinsam mit Frankreich ein Papier vor, in dem von einem Verbot aber nicht mehr die Rede ist. Vorgeschlagen wird stattdessen, an der Definition von tödlichen autonomen Waffensystemen weiter zu arbeiten. Zudem wird sich dafür eingesetzt, die Transparenz bei Forschung und Entwicklung solcher Waffensysteme zu verbessern. Anschließend soll eventuell ein „Verhaltenskodex“ erarbeitet werden. Gegenüber den Aussagen des Koalitionsvertrages von 2013 sei dieser Ansatz ein Rückschritt, sagt der Rüstungsexperte Marcel Dickow von der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Dickow

„In dem Dokument geht es jetzt tatsächlich nur noch um Regulierung. Und was da reguliert werden soll, ist tatsächlich auch relativ schwach ausgedrückt. Und wie eine Regulierung dann aussieht, bleibt ziemlich unklar.“

Seit Jahren gibt es internationale Konferenzen über tödliche autonome Waffensysteme. Doch die Gespräche kommen nicht voran. Inzwischen fordern neben Nichtregierungsorganisationen wie „Campaign to Stop Killer Robots“ und „Human Rights Watch“ auch 21 Staaten ein vollständiges Verbot solcher Waffen. Aber die USA, Russland, Großbritannien und Israel sträuben sich. Marcel Dickow:

O-Ton Dickow

„Es sind - man muss es leider so sagen - die üblichen Verdächtigen, die mehr auf die militärischen Vorteile dieser Systeme setzen und weniger auf das Konzept der menschlichen Kontrolle.“

Das deutsch-französische Papier soll offenbar einen Ausweg aus der Sackgasse weisen, glaubt Frank Sauer von Bundeswehruniversität in München:

O-Ton Sauer

„Präsentiert wurde dieses Papier eben als ein schrittweises Vorgehen, um sich diesem Ziel, tatsächlich vielleicht später das Ganze noch greifbarer zu verregeln, Schritt für Schritt anzunähern. Das ist also sozusagen ein realistisch-ambitioniertes Vorgehen.“

Aber noch ist völlig offen, ob die deutsch-französische Initiative eine Realisierungschance hat. Denn, so Frank Sauer:

O-Ton Sauer

„Die USA, Russland und China haben sich für diesen Vorstoß nicht sonderlich interessiert. Wenn er in den Wortmeldungen vorkam, dann wurde dem eher eine Absage erteilt.“

Dabei schreitet die technische Entwicklung voran. Wie soll man damit umgehen? In den meisten Ländern sind die Militärs gespalten. Zum einen sind Kommandeure gewohnt, durch das Prinzip von Befehl und Gehorsam die Kontrolle über sämtliche Militäroperationen zu haben. Zum anderen wollen sie aber die militärischen Vorteile, die autonome Systeme mit sich bringen, nicht missen - das bezieht sich vor allem auf die Präzision und die Geschwindigkeit von Entscheidungen. Und sie glauben, auf keinen Fall abseits stehen zu können, wenn der potenzielle Gegner über solche hochmodernen Waffensysteme verfügt. Auch in der Bundeswehr sei das nicht anders, sagt Marcel Dickow von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Dickow

„Die Skepsis ist sicherlich größer als in anderen Armeen. Aber es gibt durchaus auch in der Bundeswehr Befürworter oder zumindest Menschen, die sich das vorstellen können, dass man solche Systeme einsetzt.“

Vor kurzem hat das Kommando Heer der Bundeswehr zum Beispiel ein Thesenpapier vorgelegt mit dem Titel: „Wie kämpfen Landstreitkräfte zukünftig?“ Darin wird unter anderem der - so wörtlich - „verstärkte Einsatz unbemannter Land- und Luftsysteme“ für notwendig erachtet. In dem Papier ist von Schwärmen teilautonomer unbemannter Waffensysteme und von automatisierten Gefechtstürmen die Rede. Wie dabei die menschliche Kontrolle aussehen soll, wird aber offen gelassen.

Bisher gibt es mehr oder weniger autonome Systeme vor allem als Abwehrsysteme gegen anfliegende Waffen - zum Beispiel die Systeme „Mantis“ und „Patriot“, die Mörsergranaten, Kampfflugzeuge und Raketen bekämpfen. Solche defensiven Systeme sind weitgehend unstrittig. Bei der Debatte um Regeln für autonome Waffensysteme geht es deshalb um offensive Waffen. Einige wenige davon gibt es schon: zum Beispiel israelische Drohnen namens „Harpy“ und „Harop“, die stundenlang in der Luft kreisen können. Der Rüstungsexperte Marcel Dickow:

O-Ton Dickow

„Das ist eine Drohne, die mit einer Sprengladung bestückt ist. Man feuert dieses System ab. Es fliegt dann in einen Zielbereich. Dort sucht es nach den Signaturen von Luftabwehrstellungen, die mit Radar arbeiten, und bekämpft diese dann, indem sich das ganze Flugzeug in diese Stellung stürzt und explodiert.“

Diese Drohnen funktionieren vollautomatisch, sie sind nicht ferngesteuert. Wenn die zu bekämpfenden Radarstellungen aber zum Beispiel auf einer Schule montiert sind, würde die Schule zerstört und Zivilisten, die sich in dem Gebäude aufhalten, getötet werden. Das wäre ein klarer Bruch des Kriegsvölkerrechts, meint Frank Sauer von der Bundeswehruniversität in München:

O-Ton Sauer

„Ich muss ja unterscheiden: wen darf ich mit militärischen Mitteln bekämpfen? Wer ist legitimes Ziel? Und wen muss ich schützen? Wer ist Zivilist? Dieses System macht es unmöglich, diese vom Menschen per Völkerrecht vorgesehe-

ne und von Menschen vorzunehmende Entscheidung zu treffen. Und deswegen ist es aus Kriegsvölkerrechts-Perspektive sehr problematisch.“

Künstliche Intelligenz und Robotertechnologie werden in Zukunft in weit größerem Maße als bisher zum Einsatz kommen - zivil zum Beispiel in selbstfahrenden Autos, aber auch in Waffensystemen. Kritische Funktionen sind insbesondere die automatische Auswahl und Bekämpfung von menschlichen Zielen. Über Bilderkennungsprogramme wird es möglich sein, bestimmte Menschen, zum Beispiel in asymmetrischen Konflikten, mit Hilfe von Drohnen zu erkennen und diese anschließend selbstständig zu bekämpfen. Experten wie Frank Sauer gehen aber davon aus, dass man Maschinen niemals beibringen kann, ethische Entscheidungen zu treffen, die dem Völkerrecht gerecht werden.

Auch sicherheitspolitisch sind autonome Waffen problematisch. Wenn zum Beispiel Großmächte wie China, Russland und die USA in einem Konfliktgebiet Schwärme von autonomen Waffensystemen auf dem Wasser oder in der Luft in Bereitschaft halten, dann ist das Eskalationsrisiko enorm, befürchtet Marcel Dickow von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“:

O-Ton Dickow

„Es ist völlig unklar, was passiert, wenn solche Systeme gegeneinander antreten. Das kann man vorher nicht testen. Das wird man also nicht vorausberechnen können, und das ist ein enormes Risiko im Konflikt, aber auch in Bezug auf die Hemmschwelle, in einen Konflikt zu gehen. Deswegen sollte man auch aus sicherheitspolitischer Sichtweise diese Systeme auf jeden Fall regulieren.“

Um die humanitären wie auch die sicherheitspolitischen Probleme in den Griff zu bekommen, wäre ein Verbot von vollautomatischen Waffensystemen wohl die beste Lösung. Doch einvernehmlich ist so ein Schritt gegenwärtig offenbar nicht möglich – auch wenn beschlossen worden ist, dass die Regierungsexperten im nächsten Jahr erneut zusammenkommen werden, um über das Thema zu beraten. Frank Sauer von der Münchener Bundeswehruniversität ist nicht allzu optimistisch:

O-Ton Sauer

„Wohin das führt, ist ziemlich offen. Ich könnte mir vorstellen, dass es irgendwann in Genf zu einem abrupten Halt kommt und dass vielleicht die Zivilgesellschaft diesen gesamten Prozess - so, wie wir es ja schon erlebt haben in der

jüngeren Vergangenheit mit Blick auf andere Fragen wie etwa Cluster-Munition oder Landminen - einfach aus dem UN-Kontext herauslöst.“

Am Ende eines solchen Prozesses könnten dann interessierte Staaten eine internationale Vereinbarung abschließen - einen Vertrag, der den Einsatz von autonomen Waffensystemen einschränkt oder ganz verbietet. Doch vermutlich würden sich die Regierungen, die weiterhin auf autonome Waffensysteme setzen, nicht beteiligen. Vielleicht könnten sie aber später hinzukommen - wenn internationaler Druck oder die öffentliche Meinung im eigenen Land stark genug sind.

* * *

Flocken

Ein Bericht von Jerry Sommer.

Die Gesellschaft im Wandel. Ohne Internet geht praktisch nichts mehr. Facebook und Youtube - die Sozialen Medien boomen. Kritiker beklagen allerdings auf diesem Gebiet eine zunehmende Militarisierung. Denn die Sozialen Medien sind immer mehr auch für die Streitkräfte und Rüstungsunternehmen eine wichtige Plattform. Was bedeutet das für die Zivilgesellschaft? Dirk Eckert ist dieser Frage nachgegangen:

Manuskript Dirk Eckert

O-Ton Bundeswehr in Mali

Szenen im Bundeswehr-Camp in Mali - für das deutsche Publikum aufbereitet und per Youtube ausgestrahlt: Es ist nach der Reihe „Die Rekruten“ bereits die zweite Staffel, mit der die Bundeswehr um Nachwuchs wirbt. „Bist du bereit für eine echte Herausforderung?“, fragen die Macher. „Folge unseren Kameradinnen und Kameraden in den Einsatz nach Mali und sei hautnah mit dabei!“, heißt es weiter. Interessierte können sich parallel zu Youtube über Facebook benachrichtigen lassen, wenn es Neuigkeiten in der Serie gibt. „Aufgepasst, Kamerad!“, heißt es dann zum Beispiel. „Deine Einheit hat heute den Häuser-

kampf geübt – mit Diensthund! Möchtest du mehr über die Diensthunde im Einsatz erfahren?“

Die Bundeswehr ist längst nicht der einzige militärische Akteur, der das Netz für sich nutzt. In den Sozialen Medien tummeln sich inzwischen Militärs, Geheimdienste und Rüstungskonzerne. Und auch terroristische Gruppen, vorne weg der sogenannte „Islamische Staat“, der erfolgreich online seine Anhänger rekrutiert und zu Attentaten motiviert. Andrea Schneiker, Professorin für Internationale Beziehungen an der Universität Siegen.

O-Ton Schneiker

„Prinzipiell kann man sagen, dass fast alle Sicherheitsakteure Soziale Medien nutzen, ob das jetzt staatliche Akteure sind, also Militärs, oder nicht-staatliche, eben Rüstungskonzerne oder Private Militär- und Sicherheitsfirmen, aber auch terroristische Gruppen. - Sie nutzen zumindest eine Plattform: Twitter, oder Youtube, oder Facebook. Oder eben auch alle drei.“

Andrea Schneiker hat für das Stockholmer Friedenforschungsinstitut SIPRI untersucht, wie sich Rüstungsfirmen im Internet darstellen. Sie sind auf den wichtigsten Plattformen wie Facebook, Youtube, Twitter und Instagram vertreten und betreiben dort Imagepflege. Mit ihren Inhalten verändern sie auch die Sozialen Medien, sagt Schneiker. Denn letztlich wollen sie ihre Produkte oder Dienstleistungen verkaufen oder neue Mitarbeiter anwerben. Und deshalb propagierten sie ein rein „militärisches Verständnis von nationaler Sicherheit“, analysiert die Wissenschaftlerin:

O-Ton Schneiker

„Primär geht es dann aber oft um die Rekrutierung von neuen Mitarbeitern, vor allem um die Rekrutierung von Veteranen. Und da sieht man dann, dass die Firmen ihre eigene Mission, ihre unternehmerische Mission, in den Dienst der nationalen Sicherheit stellen, also angeben, dass ihr primäres Interesse die nationale Sicherheit der USA sei. Unternehmerische Ziele, die diese Firmen auch haben, die werden gar nicht in dem Sinne als erstes präsentiert.“

Auch das Militär hat die Sozialen Medien längst für sich erschlossen. So haben zum Beispiel die US-Streitkräfte am 11. September 2012 eine eigene Richtlinie für den Umgang mit den Sozialen Medien erlassen, die Department of Defense Instruction (DODI) 8550.01. Warum Soziale Medien wichtig sind, erklärt die US-Army so - Zitat:

Zitat

„Soziale Medien sind Teil unseres täglichen Lebens und ein mächtiges Werkzeug, das wir benutzen, um die Geschichte der Army zu verbreiten. Sie helfen uns, wichtige Verbindungen zu unserem Publikum herzustellen, um das Vertrauen in Amerikas Streitkräfte aufrechtzuerhalten.“

Auch die NATO hat inzwischen den Cyberspace als Operationsraum definiert, wie das Bündnis kürzlich nach einem Arbeitstreffen mit EU-Vertretern bekannt gab. Schon 2015 hat Großbritannien eine eigene Social-Media-Brigade mit 1.500 Soldaten aufgestellt. Sie soll zum Beispiel bewaffnete Einsätze wie in Afghanistan öffentlichkeitswirksam begleiten oder die Propaganda-Aktivitäten des Islamischen Staates im Netz kontern. In Deutschland hat die Bundeswehr mit dem Kommando „Cyber- und Informationsraum“ (CIR) ihre Cyber-Fähigkeiten in einer eigenen Teilstreitkraft gebündelt.

Das Netz, in dem Millionen Nutzer täglich unterwegs sind, wird so zum möglichen virtuellen Schlachtfeld. Während des Gaza-Krieges 2014 nutzten beide Seiten, die Hamas und die israelischen Streitkräfte, die Sozialen Medien für ihre Kriegspropaganda. Auch die Terrororganisation „Islamischer Staat“ wirbt im Web 2.0 um Anhänger, verbreitet ihre Botschaften und organisiert Attentate. Soziale Medien, so schrieb Robert Hannigan, der Chef des britischen Geheimdienstes GCHQ, 2014 in der „Financial Times“, seien „die bevorzugte Kommandozentrale von Terroristen“. Der „IS“ sei die erste Terrorgruppe, so Hannigan, „deren Mitglieder im Internet aufgewachsen sind“.

Russland wiederum soll per Netz sogar die Wahl in den USA manipuliert haben. In Russland oder auch China soll es sogenannte Troll-Fabriken geben mit vom Staat engagierten Netz-Aktivisten. Die Regierung in Moskau bestreitet das zwar vehement, aber dennoch verweist die Debatte darüber auf ein grundsätzliches Problem: Die Sozialen Medien könnten gezielt manipuliert werden, um die öffentliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Thomas Reinholt, Experte beim Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH):

O-Ton Reinholt

„Ich glaube, die Welt ist im Internet angekommen. In den 70er, 80er Jahren war das halt ein kleiner Kreis von Hippie-Nerds, die sozusagen da ihre Ideen von Freiheit, von Demokratie, von freien Informationsflüssen ausgelebt haben.“

Kritiker sprechen längst von einer Militarisierung des Cyberspace beziehungsweise der Sozialen Medien, die geschätzte 4 Milliarden Nutzer weltweit vernetzen. Mit dieser enormen Reichweite sind die Sozialen Medien einzigartig, um die eigenen Botschaften und Propaganda zu verbreiten, aber auch, um Informationen zu gewinnen. Rüstungskonzerne haben längst Software-Programme wie etwa „Geofeedia“ entwickelt, die eine Echtzeit-Überwachung der Sozialen Medien ermöglichen sollen.

Zugleich werden Soziale Medien aber von repressiven Regierungen auch als Gefahr angesehen, weil sich Menschen hier organisieren können, um – wie im Arabischen Frühling – die bestehende Ordnung zu stürzen. Länder wie China, die Türkei und Ägypten versuchen deshalb, die Sozialen Medien zu kontrollieren. In Israel versucht man unter anderem, Terroranschläge dadurch zu verhindern, dass man mögliche Attentäter mittels „Big Data Mining“, also der computergestützten Auswertung großer Datenbestände, aufspürt.

Einen allgemein gültigen rechtlichen Rahmen für Soziale Medien gibt es bislang nicht. So können Militärs und Geheimdienste bisher ungehindert im Cyberspace agieren, zumal die klassische Rüstungskontrolle im Web 2.0 nicht funktioniere, meint Thomas Reinhold. Denn entsprechende Beschränkungen würden sich nur schwer überwachen lassen - anders als etwa bei Atomraketen, wo jeder vereinbarte Abrüstungsschritt später verifiziert werden kann:

O-Ton Reinhold

„Rüstungskontrolle ist an dieser Stelle der ganz falsche Ansatz. Weil Rüstungskontrolle ein sehr pragmatischer Ansatz ist, der vor allem darauf beruht, dass man Dinge wirklich messen kann. Und ich glaube, in so einem diffusen Raum wie dem Cyberspace, bei dem es auch um Informationen geht, die Sie sehr schwer kontrollieren können, die Sie sehr schwer eingrenzen können und die man vielleicht auch aus demokratischer Sicht auch gar nicht kontrollieren möchte - da ist Rüstungskontrolle der falsche Weg.“

Es wird also kaum internationale Vereinbarungen geben, um die Aktivitäten der Militärs im Cyberspace einzuschränken. Denkbar wären höchstens freiwillige Verpflichtungen darüber, was erlaubt ist und was nicht. Für die einzelnen Nutzer heißt das allerdings: Das Netz hat seine Unschuld verloren. In den Sozialen Medien sind längst nicht nur private Userinnen und User unterwegs, sie sind

auch umkämpftes Gebiet zwischen Staaten und Organisationen. Den Umgang damit müssen die einzelnen Nutzer genauso wie staatliche Akteure erst noch lernen. Es ist tatsächlich Neuland.

* * *

Flocken

Soweit Dirk Eckert.

Das war's für heute in Streitkräfte und Strategien. Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen unter nrd.de/streitkraefte. Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Ein schönes Wochenende wünscht Andreas Flocken.